

WORKING PAPER FORSCHUNGSFÖRDERUNG

Nummer 275, März 2023

Verantwortliche Unternehmensführung in der Plattformwirtschaft

Europäische Strategien für eine fairere Ordnung der globalen
Digitalökonomie

Matthias C. Kettemann und Stephan Bohn

Auf einen Blick

Die Plattformökonomie ist in der Krise. Das ist bekannt. Weniger bekannt ist, welche Strategien europäische Plattformen erproben, um es besser zu machen. Nachhaltige Wertschöpfung kann dann gelingen, wenn Plattformen aus Brüssel gute Regeln bekommen. Noch besser aber: Sie adaptieren erprobte Strategien von erfolgreichen und nachhaltigen europäischen Digitalunternehmen. Darunter: eine aktive Verantwortungsübernahme für ihre Rolle im Leben, Arbeiten und Wirtschaften ihrer Kund:innen und Unternehmer:innen, ein Commitment zu klareren Regeln und algorithmischer Transparenz, ein Eintreten für Interoperabilität und Offenheit und ein klares Bekenntnis, statt reiner Gewinnmaximierung eine nachhaltige Plattformwirtschaft anzustreben. Denn die ist möglich – und nötig.

Danksagung

Dieser Bericht baut auf zentralen Ergebnissen des Forschungsprojekts „Plattform Alternatives“ auf, das am Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (HIIG) und dem Oxford Internet Institute (OII) der Universität Oxford angesiedelt war. Das Projekt wurde von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert. Das Projektteam bestand aus Dr. Nicolas Friederici, Prof. Dr. Vili Lehdonvirta, Tina Krell, Subin Park, Asal Dardan, Lea Erlenwein, Lena Starke, Dr. Stephan Bohn und Prof. Dr. Jeanette Hofmann.

© 2023 by Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf
www.boeckler.de



„Verantwortliche Unternehmensführung in der Plattformwirtschaft“ von Matthias C. Kettmann und Stephan Bohn ist lizenziert unter

Creative Commons Attribution 4.0 (BY).

Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.
(Lizenztext: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/de/legalcode>)

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Schaubildern, Abbildungen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

ISSN 2509-2359

Inhalt

Einleitung	4
1. Was bei den (globalen) Plattformen falsch läuft.....	5
2. Europa pflügt die Plattformwirtschaft um	7
2.1 Rechtsakt zu digitalen Diensten (DSA)	8
2.2 Rechtsakt zu digitalen Märkten (DMA)	8
2.3 Rechtsakt zu Künstlicher Intelligenz (KI) (AI Act)	9
2.4 Rechtsakt zu Daten (Data Act).....	10
2.5 Richtlinienentwurf zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit	11
3. Nachhaltiges Plattformdesign als Erfolgsfaktor.....	12
4. Zukunftsfest: So kann Europas Plattformwirtschaft Innovationspotenziale realisieren	14
Literatur.....	16
Zum Weiterlesen	17
Autoren	18

Abbildungen

Abbildung 1: Größenunterschiede zwischen US-amerikanischen und europäischen Plattformen, Marktkapitalisierung in US-Dollar 2022....	4
Abbildung 2: Plattformskandale im Spiegel deutscher Medien	6

Einleitung

Nicht erst seit der Twitter-Übernahme durch Elon Musk ist die Plattformökonomie in der Kritik: Von Politik wie Öffentlichkeit wird den großen Digitalunternehmen wie Google, Uber, Amazon oder Facebook vorgeworfen, dass sie ihre Marktmacht ausnutzen und ihre Algorithmen auf Profite statt auf öffentliche Werte ausrichten. Besonders die europäische Politik kritisiert, dass die Bürger:innen den Plattformgiganten rechtlich wie faktisch ausgeliefert seien, ohne dass sie Mitspracherechte hätten.

Trotz alledem: Der Nutzen von digitalen Plattformen als zentrale Infrastrukturen unserer Gesellschaft ist unbestritten (siehe z. B. Bohn, Frederici, Gümüşay 2020; <https://policyreview.info/articles/news/too-big-fail-us-platforms-systemically-relevant/1489>).

Aber wie kann eine verantwortungsvollere Plattformwirtschaft aussehen? Strategien für eine Neuorientierung einer nachhaltigen Plattformwirtschaft gibt es in Europa viele (Kapitel 2 und 3). Europa liefert nämlich nicht nur Daten, sondern auch neue Regeln und Ideen für die Plattformwirtschaft, die Anreize für soziales, rechtsstaatliches und nachhaltiges Handeln schaffen (The Strategic Guide to Responsible Platform Business; <https://graphite.page/hiig-platformalternatives/>).

Daraus entstehen neue Plattformmodelle und praxiserprobte Strategien für eine alternative Plattformwirtschaft, aus denen sowohl die Politik als auch Unternehmensvertreter lernen können: Klasse statt Masse, besser statt größer und nachhaltiges Investieren statt undifferenzierter Gewinnmaximierung.

Abbildung 1: Größenunterschiede zwischen US-amerikanischen und europäischen Plattformen, Marktkapitalisierung in US-Dollar 2022



1. Was bei den (globalen) Plattformen falsch läuft

Plattformen setzen die Regeln, nach denen wir online kommunizieren und kaufen, Pizza bestellen und Politik machen. Einer nötigen rechtewahrenden Flankierung dieser Privatisierung der öffentlichen Handlungsräume ist die Politik erst mit einiger Verspätung nachgekommen.

So konnten große Plattformen überproportional viel Handlungsmacht und Vermögen ansammeln und setzen dabei auf Strategien, die nicht nachhaltig sind. Sie schöpfen Wert ab und wälzen Risiken und Kosten auf die Nutzer:innen. Sie umgehen rechtliche Regelungen, externalisieren die Kosten und belasten öffentliche Güter und Institutionen wie z. B. die Informationsinfrastruktur, aber auch die Umwelt und den demokratischen Meinungsbildungsprozess.

Sie nutzen algorithmische Empfehlungssysteme, die nicht erklärt werden und deren Entscheidungen damit nicht unabhängig evaluiert werden können. Sie werfen nach Belieben Nutzer:innen von ihren Plattformen, auch wenn interne Standards nicht verletzt wurden. Sie schließen Nutzer:innen in „walled gardens“ (geschlossene Systeme) ein und bewirken eine innovationsfeindliche Fragmentierung des Internets durch abgeschottete Plattformen, die keine Kompatibilität oder Schnittstellen zu Mitbewerbern und anderen Websites bieten. Schließlich verweigern sie Stakeholdern die Teilnahme an Entscheidungsprozessen und beharren auf autokratischen Strukturen.

Auf diese Kritik haben Politik, Zivilgesellschaft sowie etliche Unternehmen inzwischen reagiert.

Abbildung 2: Plattformskandale im Spiegel deutscher Medien



Sendung verpasst? ▶

US-Internetkonzern

Die dunklen Seiten von Facebook

Stand: 21.09.2021 14:07 Uhr

Das dürfte Mark Zuckerberg gar nicht passen: In den "Facebook Files" enthüllt das "Wall Street Journal" brisante Dokumente aus dem Konzern. Wie sozial ist das Netzwerk wirklich?

Skandal um Datensammlung

Was treibt eigentlich Cambridge Analytica?

50 Millionen Facebook-Profilen soll die Datenanalysefirma Cambridge Analytica ausgewertet haben - ohne Wissen der Nutzer. Wie mächtig ist die Firma, die auch für Trump im Wahlkampf arbeitete?

Wie Amazon-Mitarbeiter Ihre Alexa-Aufnahmen mithören

Veröffentlicht am 11.04.2019 | Lesedauer: 3 Minuten

Quellen: www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/facebook-files-101.html;
www.welt.de/wirtschaft/webwelt/article191741517/Amazons-Echo-Mitarbeiter-hoeren-Alexa-Aufnahmen-mit.html;
www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/cambridge-analytica-das-steckt-hinter-der-datenanalyse-firma-a-1198962.html

2. Europa pflügt die Plattformwirtschaft um

Eine nachhaltige Plattformwirtschaft ist so voraussetzungsreich wie entscheidend für eine offene und demokratische Gesellschaft. Dabei lässt sich auch von existierenden alternativen Plattformmodellen europäischer Unternehmen lernen (Kapitel 3: Nachhaltiges Plattformdesign als Erfolgsfaktor). Ebenso wichtig sind die rechtlichen Rahmenbedingungen. Besonders die EU erwies sich in letzter Zeit als sehr aktiv in der Neugestaltung der digitalen Ordnung, die für alle großen Plattformen wie Google, Facebook und Amazon gilt.

Ein Beispiel: Der Rechtsakt zu Daten (Data Act) ergänzt den kürzlich verabschiedeten Data Governance Act, der die freiwillige Weitergabe von Daten durch Einzelpersonen und Unternehmen erleichtern und so die Bedingungen für die Nutzung bestimmter Daten des öffentlichen Sektors harmonisiert. Er macht Europa zum Datenwirtschaftsraum mit den effektivsten und bürger:innenfreundlichsten Regeln, stärkt die Rechte der Verbraucher:innen und die Position von kleineren Plattformen. Damit schafft er ein faires Spielfeld für neue und kleinere Unternehmen und hilft auch der Wissenschaft, Zugriff zu jenen Daten zu bekommen, die notwendig sind, um jene fundierte Analysen und Erkenntnisse zu liefern, die für nachhaltige politische Entscheidungen wichtig sind.

Dank solcher Rechtsakte und digitaler Normen fördert die EU eine verantwortungsvolle Plattformwirtschaft und stärkt eine faire Digitalökonomie. Aber auch über die Regulierungen hinaus, die ihre Wirksamkeit erst unter Beweis stellen müssen, gibt es bereits etablierte und alternative Plattformmodelle (siehe z. B. Friederici, Lehdonvirta 2021) und Ansätze zur Demokratisierung von Plattformen (Kettemann 2021), zu denen sich sowohl große Plattformen (z. B. Facebook durch das Oversight Board) als auch die Bundesregierung im Koalitionsvertrag bekannt haben. Das Ziel muss es sein, aus den positiven Entwicklungen zu lernen, sie regulativ zu unterstützen, aber auch kritisch die Entwicklung der Plattformwirtschaft insgesamt zu beobachten.

2.1 Rechtsakt zu digitalen Diensten (DSA)

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/policies/digital-services-act-package>

Mehr Rechte für Nutzer:innen

Nutzer:innen von digitalen Plattformen sollen künftig mehr Rechte haben. Das betrifft insbesondere Melde- und Beschwerdemechanismen, die der DSA etabliert: Demnach soll es Nutzer:innen erleichtert werden, illegale Inhalte bei der Plattform zu melden. Werden Inhalte in weiterer Folge durch die Plattform entfernt, sind die betroffenen Nutzer:innen darüber zu informieren; es muss ihnen ein Beschwerdeverfahren zur Verfügung stehen, um die Löschentscheidung ggf. zu revidieren.

Mehr Pflichten für Plattformen

Plattformen werden durch den DSA vermehrt in die Pflicht genommen. Nennenswert sind unter anderem die umfangreichen Transparenzpflichten der Plattformen. Die Plattformen haben im Rahmen ihrer Berichtspflichten über ihr Vorgehen in der Moderierung von Inhalten und ihre Melde- und Beschwerdemechanismen zu berichten.

Risikoabschätzungspflichten für algorithmische Priorisierung

Sehr große Plattformen (VLOPs) haben in regelmäßigen Abständen eine Bewertung der systemischen Risiken, die der Betrieb der Plattform mit sich bringt, vorzunehmen. Dabei haben die Plattformen auch zu analysieren, wie die Gestaltung automatisierter Entscheidungssysteme und anderer relevanter algorithmischer Systeme Einfluss nimmt auf systemische Risiken.

2.2 Rechtsakt zu digitalen Märkten (DMA)

https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/europe-fit-digital-age/digital-markets-act-ensuring-fair-and-open-digital-markets_de

Große Gatekeeper dürfen Datenhoheit nicht ausnutzen

Der DMA zielt darauf ab, gerechte und wettbewerbsfähige digitale Märkte zu sichern. Gatekeeper, kurz gefasst: besonders marktmächtige digitale Unternehmen, haben besondere Pflichten, die den Wettbewerb digitaler Märkte stärken sollen. Darunter fallen etwa die Verbote der Bevorzugung des eigenen Unternehmens im Ranking von Angeboten und das der Wie-

derverwendung von personenbezogenen Daten, die im Zuge der Bereitstellung eines Dienstes erhoben wurden, um damit einen anderen Dienst bereitzustellen.

Bessere Chancen für KMUs

KMUs werden nach dem DMA nur in Ausnahmefällen als Gatekeeper eingestuft. Erst ab einer objektiv bestimmten Größe von Unternehmen werden diese als Gatekeeper eingestuft, insbesondere muss die Marktposition des Unternehmens auch über längere Zeit gefestigt sein.

Interoperabilitätspflichten zur Verringerung von Marktmacht

Nutzer:innen soll erleichtert werden, die auf einer Plattform angebotene Software oder Leistungen auch an anderer Stelle zu nutzen. Das betrifft z. B. Messengerdienste: Interoperabilität soll dafür sorgen, dass Nachrichten auch plattformübergreifend versendet und empfangen werden können.

2.3 Rechtsakt zu Künstlicher Intelligenz (KI) (AI Act)

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/policies/european-approach-artificial-intelligence>

Abgestufte KI-Kontrolle je nach Eingriffsnähe

Der AI Act verfolgt einen risikobasierten Ansatz, bei dem KI-Systeme in verschiedene Risikogruppen eingeteilt werden. Gemäß dem Verordnungsvorschlag gibt es KI-Systeme, die entweder ein unannehmbares Risiko (z. B. Social Scoring), ein hohes Risiko (z. B. KI-Systeme zur Bewertung von Schüler*innen), ein geringes Risiko (z. B. Deep Fakes) oder ein minimales Risiko (Spam-Filter) darstellen. Je nach Risikogruppe werden unterschiedliche Regulierungsansätze verfolgt: KI-Anwendungen der ersten Kategorie sind verboten. KI-Systeme mit hohem Risiko sind zwar erlaubt, müssen aber bestimmte Anforderungen erfüllen wie die Implementierung von Risikomanagementmaßnahmen. Für die letzte Kategorie bestehen minimale Transparenzpflichten.

Verbot sehr riskanter KI-Anwendungen

Im Bereich der künstlichen Intelligenz ist die Anwendung bestimmter riskanter KI-Systeme verboten. Diese Systeme werden im AI Act aufgelistet. Es handelt sich hierbei um KI-Systeme, die ein unannehmbares Risiko darstellen, indem sie beispielsweise gegen die Werte der Union versto-

ßen oder Schwächen bestimmter schutzbedürftiger Gruppen wie Kinder ausnützen und diesen damit Schaden hinzufügen können.

Erklärungspflicht von KI-basierten Entscheidungen

KI-Anwendungen mit hohem Risiko müssen gewisse Transparenzpflichten erfüllen. Die Nutzer:innen sollen somit die Ergebnisse des Systems angemessen verstehen und interpretieren können.

2.4 Rechtsakt zu Daten (Data Act)

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/policies/data-act>

Besserer Zugang der Wissenschaft zu privaten Datenbeständen

Der Data Act ermöglicht die Weitergabe von Daten öffentlicher Stellen an Personen oder Organisation zur Durchführung wissenschaftlicher Tätigkeiten, wenn ein außergewöhnlicher Bedarf besteht.

Europa behält ein hohes Datenschutzniveau

Die Nutzer:innen wird das Recht auf Zugang zu den bei der Nutzung von Produkten oder verbundenen Daten eingeräumt. Zusätzlich wird den Nutzer:innen ein Recht auf deren Nutzung eingeräumt. Außerdem wird ein vereinfachter Wechsel von Cloud-Anbietern gefördert, um den Wettbewerb auf dem europäischen Datenmarkt zu fördern.

Sozialpflicht des Dateneigentums

Der Data Act verfolgt das Ziel, die Datenbe- bzw -verschaffung fair zu gestalten. Die Ausübung der Rechte der Nutzer:innen soll erleichtert und gleichzeitig eine Kohärenz zwischen Zugriffsrechten sichergestellt werden.

Besserer Zugang der Wissenschaft zu privaten Datenbeständen

Unternehmen, die Daten horten, müssen Zugang zu diesen im öffentlichen Interesse ermöglichen.

2.5 Richtlinienentwurf zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit

www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014_2019/plmrep/COMMITTEES/EMPL/AMC/2022/12-12/1258102EN.pdf,
www.consilium.europa.eu/de/policies/platform-work-eu/

Bessere Arbeitsbedingungen für Gig-Worker, wie etwa Kurierfahrer:innen

Der Entwurf verfolgt das Ziel, zu klassifizieren, wann Plattformarbeiter einen Arbeitnehmerstatus haben, um ihnen daraus folgend mehr Rechte zuzuerkennen (z. B. soziale Absicherung) und ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Digitale Plattform als normale Arbeitgeber

Über Kontrollkriterien wird festgelegt, wann es sich bei einer digitalen Arbeitsplattform um einen Arbeitgeber handelt.

Mehr Rechte für Gig-Worker

Gig-Worker, aber auch Gewerkschaften sollen den Beschäftigungsstatus hinterfragen und anfechten können, wobei es in der Pflicht der Plattformunternehmen liegt, nachzuweisen, dass es sich nicht um ein Angestelltenverhältnis handelt.

3. Nachhaltiges Plattformdesign als Erfolgsfaktor

Neben den neuen Regeln bietet Europa auch alternative Modelle und Beispiele für eine nachhaltigere Plattformwirtschaft. Diese finden sich ausführlich erläutert in „The Strategic Guide to Responsible Platform Business“ (<https://graphite.page/hiig-platformalternatives/>) des durch die Hans-Böckler-Stiftung geförderten Projektes „Corporate Governance für Europas Plattformwirtschaft“. Sie zeigen, dass verantwortungsvolles, zukunftsgerichtetes und nachhaltiges Handeln zum marktwirtschaftlichen Mehrwertfaktor für die europäische Plattformwirtschaft werden kann.

Aus der Analyse lassen sich gute Praktiken (Best Practices) von Plattformen ableiten, die beispielgebend für eine neue Europäische Plattformwirtschaft sein können und entsprechend von Unternehmen, Gewerkschaften sowie der Zivilgesellschaft gefördert (und vor allen gefordert) werden sollten.

Verantwortungsvolle Plattformen

- stellen sicher, dass alle wertschöpfenden Akteur:innen, die sie verknüpfen oder anleiten, **fair entlohnt** werden und fördern risikominimierendes Verhalten. Das beginnt damit, sowohl generierte Werte, also auch **Transaktionskosten, auf allen Marktseiten transparent** zu machen. Ebenso sinnvoll: Schulungen, Weiterbildungen und Schutzmaßnahmen für Angestellte z. B. zu Ihren Arbeitnehmerrechten wie dem Gründen eines Betriebsrates.
- legen **Rechenschaft** über ihre tatsächlichen **Gesamtkosten für die Gesellschaft und die Umwelt** ab und minimieren diese. Sie nutzen **keine Schlupflöcher in Steuer- und Rechtssystemen**. Sie berechnen und reduzieren die von ihnen verursachten Umweltschäden und sie berücksichtigen diejenigen, die indirekt von ihrem eigenen Handeln und dem ihrer Interessengruppen betroffen sind.
- haben klare und transparente Regeln dafür, was auf ihrer Plattform erscheint und zugänglich ist, und sie **öffnen ihre Black Box, also ihre Empfehlungs- und Selektionsalgorithmen**, für Externe.
- balancieren ihr legitimes Bedürfnis, ihre Plattform von anderen abzugrenzen und weiterzuentwickeln, mit dem langfristigen Wert von **Interoperabilität, Wettbewerb und Innovation** durch Dritte.
- bauen **Governance- und Rechenschaftsmechanismen** auf, die **Mitsprache- und Mitbestimmungsrechte für Nutzer:innen** ermöglichen: je wichtiger die Plattform für das eigene Leben und Fortkommen, desto intensiver.

Die „Kleinen“ können’s – nachhaltige Strategien schaffen Mehrwerte:

- Der finnische Lebensmittellieferant Wolt erhebt von den Endverbraucher:innen eine **extra Liefergebühr**, die in voller Höhe an die Kurier:innen gezahlt wird, was zu mehr Fairness führt.
- Die Ingenieur:innen der spanischen Lieferplattform Glovo **veröffentlichen** transparent ihren Ansatz für die **algorithmische Abstimmung** der Plattform, um die Erklärbarkeit interner Entscheidungsprozesse zu erhöhen.
- Zalando gewährt seinen Markenpartner:innen **mehr Einblicke in ihre Daten**, als es europäisches Recht vorschreibt, um ihnen mehr Souveränität in der Entwicklung von Businessplänen zu geben.
- Die polnische E-Commerce-Plattform Allegro verpflichtet sich in einem selbstveröffentlichten EU-Tech-Credo dazu, **auf mögliche Steuerschlupflöcher zu verzichten**, um der Gesellschaft einen Teil der generierten Gewinne zurückzugeben.
- Der deutsche Ride-Hailing- und Carsharing-Anbieter FreeNow **teilt seine Daten** über Bewegungsmuster mit Kommunen, Verkehrsorganisationen und anderen privaten und öffentlichen Unternehmen in ganz Europa, um bessere Mobilitätspolitik zu ermöglichen.
- Die in der Schweiz gegründete Genossenschaft MIDATA bietet eine **Open-Source-Datenplattform** an, die es Nutzer:innen ermöglichen soll, ihre persönlichen Daten und Gesundheitsdaten beizusteuern, um eine datengetriebene und kohärente Gesundheitspolitik zu erleichtern.
- CCP Games, ein isländisches Videospieleunternehmen, das eine riesige Plattform für virtuelle Welten betreibt, bittet seine Nutzer:innen, einen **Rat** zu wählen, der deren Interesse gegenüber der Geschäftsführung vertritt. Diese Mitbestimmung fördert ein wertschätzendes Miteinander von Leitung und Nutzer:innen.

Mehr Details und weitere Beispiele finden sich unter <https://graphite.page/hiig-platformalternatives/> und bei Friederici, Reischauer, Lehdonvirta (2022).

4. Zukunftsfest: So kann Europas Plattformwirtschaft Innovationspotenziale realisieren

Europa ist dabei, einen eigenen alternativen Weg zu entwickeln, wie die Plattformwirtschaft verantwortungsvoller und nachhaltiger werden kann. Neben den neuen Regelwerken warten europäische Plattformen mit alternativen Plattformpraktiken auf. So finden sich bereits viele Beispiele von europäischen Plattformunternehmen, die sich verantwortlicher gegenüber ihren Mitarbeiter:innen und Nutzer:innen verhalten, die ihre Daten teilen und die ihre Algorithmen offenlegen. Solche alternativen Plattformmodelle können beispielgebend für andere auch globale Plattformen sein und insgesamt die digitale Plattformwirtschaft im besten Sinne nachhaltig beeinflussen.

Auch wenn die Plattformunternehmen in Vorbereitung der europäischen Rechtsakte durchaus eine Vielzahl neuer Berichtspflichten nachkommen müssen, haben bereits vergangene Regularien gezeigt, dass dies auch weiteres Geschäftspotenzial hebt und sie im Wettbewerb einzigartiger macht. So kann sich verantwortungsbewussteres Handeln sofort regulatorisch oder finanziell lohnen, wenn Kund:innen, Regulierungsbehörden oder andere Interessengruppen das verbesserte Verhalten der Plattform honorieren.

Eine datenschutzsensible Cloud aus Deutschland überzeugt schneller als eine mit weniger Schutzmechanismen. Ein Mobility-Anbieter, der alle Fahrer:innen versichert, hebt sich vom Wettbewerb ab. Es zahlt sich also aus, dass Plattformunternehmen sich um verantwortungsvolles, zukunftsgerichtetes und nachhaltiges Wirtschaften bemühen.

Auch zukünftig wird sich das europäische Plattformgeschäft vom Modell von Facebook, Google und Amazon unterscheiden. Europa braucht kein zweites Amazon, kein neues Google. Europäische Plattformen sollten weniger nach Wachstum zum Selbstzweck streben, sondern auf indirekte Netzwerkeffekte setzen, den Kontakt mit öffentlichen Partner:innen suchen, neue Wege z. B. des Datenaltruismus verfolgen, Nischen identifizieren, Nachhaltigkeit als Produktmerkmal und als Plattformziel begreifen und prominent in jede Unternehmensentscheidung integrieren.

European Digital Innovation Hubs als Innovationstreiber und Support für KMUs:

- Europas KMUs, auch jene der Plattformwirtschaft, bekommen Unterstützung. Mithilfe des EU-Programms „Digitales Europa“ soll ein flächendeckendes Netz an European Digital Innovation Hubs (EDIHs) in der EU aufgebaut werden. In Deutschland wird es zwischen 15 und 30 geben. Die EDIHs sollen in den Bereichen „Test before invest“, „Skills and training“, „Support to find investments“ und „Innovation ecosystem and networking“ ihre Dienste anbieten.
- Hauptaugenmerk liegt dabei in den Themenfeldern High Performance Computing, Künstliche Intelligenz, Cybersicherheit, im Aufbau tiefergehender Digitalisierungskompetenzen und in der Nutzung bestehender innovativer Technologien.

Weiterführende Informationen:

www.de.digital/DIGITAL/Redaktion/DE/Dossier/european-digital-innovation-hubs.html

Literatur

- Bohn, Stephan; Friederici, Nicolas; Gümüşay, Ali Aslan (2020): Too big to fail us? Platforms as systemically relevant. Internet Policy Review. <https://policyreview.info/articles/news/too-big-fail-us-platforms-systemically-relevant/1489> (Abruf am 27.2.2023).
- Friederici, Nicolas; Lehdonvirta, Vili (2021): The Strategic Guide to Responsible Platform Business. Alexander von Humboldt Institute for Internet and Society. <https://graphite.page/hiiq-platformalternatives/> (Abruf am 27.2.2023).
- Kettemann, Matthias. C. (2021): Mehrebenensystem: Digitalpolitik von technischen Standards über staatliche Normen bis zum digitalen Völkerrecht. In: Pierrat, Chris (Hrsg.) (2021): Der Wert der Digitalisierung. Gemeinwohl in der digitalen Welt. Bielefeld: transcript, S. 343–356. www.transcript-verlag.de/media/pdf/3d/91/9e/oa9783839456590.pdf (Abruf am 27.2.2023).

Zum Weiterlesen

- Friederici, Nicolas; Reischauer, Georg; Lehdonvirta, Vili (2022): The Business of European Platforms. How Digital Intermediaries in E-Commerce, Food Delivery, Health and Care, and Social Networking Manage Value and Compete. Report Project Platform Alternatives. https://zenodo.org/record/7318958#.Y-oA_62ZPVg (Abruf am 27.2.2023).
- Gegenhuber, Thomas; Schüßler, Elke; Reischauer, Georg; Thäter, Laura (2022): Building Collective Institutional Infrastructures for Decent Platform Work: The Development of a Crowdwork Agreement in Germany in Organizing for Societal Grand Challenges. In: Research in the Sociology of Organizations, 79, S. 43–67.
- Kettemann, Matthias C. (2021): Ordnungsbildung in Online-Kommunikationsräumen. BPB Dossier Digitale Desinformation. www.bpb.de/themen/medien-journalismus/digitale-desinformation/341326/ordnungsbildung-in-online-kommunikationsraeumen/ (Abruf am 27.2.2023).
- Kettemann, Matthias C.; Peukert, Alexander; Spiecker gen. Döhmman, Indra (Hrsg.) (2022): The Law of Global Digitality. London: Routledge. www.taylorfrancis.com/books/oa-edit/10.4324/9781003283881/law-global-digitality-matthias-kettemann-alexander-peukert-indra-spiecker-gen-d%C3%B6hmann (Abruf am 27.2.2023).
- Reischauer, Georg; Güttel, Wolfgang; Schüßler, Elke (2021): Aligning the Design of Intermediary Organisations with the Ecosystem. In: Industry and Innovation, 28(5), S. 594–619.

Autoren

Dr. Stephan Bohn ist Projektleiter am Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (HIIG), Berlin. Er ist Senior Researcher im Bereich Innovation, Entrepreneurship & Gesellschaft und verantwortlich für Projekte zu den Themen Plattformen, Open-Source und Nachhaltigkeit.

E-Mail: stephan.bohn@hiig.de

Prof. Dr. Matthias C. Kettemann ist Forschungsgruppenleiter am Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (HIIG), Berlin, und Forschungsprogrammleiter am Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut (HBI), Hamburg. Er leitet das Institut für Theorie und Zukunft des Rechts, das Digital Diversity Law Lab und das Innsbruck Quantum Ethics Lab an der Universität Innsbruck.

E-Mail: matthias.kettemann@hiig.de

ISSN 2509-2359